

Epigenomics AG

Ordentliche Hauptversammlung 2023

Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach § 289a HGB, § 315a HGB

Gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG hat der Vorstand einer börsennotierten Aktiengesellschaft der ordentlichen Hauptversammlung einen erläuternden Bericht zu den Angaben im Lagebericht nach § 289a HGB und im Konzernlagebericht nach § 315a HGB zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck erläutert der Vorstand der Epigenomics AG hiermit diese Angaben für das Geschäftsjahr 2022. Die Erläuterungen beziehen sich – soweit nachfolgend nicht ausdrücklich etwas Abweichendes ausgeführt ist – auf den Stand zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022.

1. **Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 1 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 1 HGB** *(Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals)*

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 EUR 4.092.810,00 und war in 4.092.810 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf den Namen und gewähren jeweils die gleichen Rechte. Jede Aktie hat eine Stimme. Das Grundkapital setzt sich aus Stammaktien zusammen, weitere Aktiengattungen bestehen nicht.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts beträgt das gezeichnete Kapital der Gesellschaft aufgrund der zwischenzeitlichen Ausgabe von Bezugsaktien (s. hierzu unter 6. a.E.) EUR 4.266.429,00 und ist in 4.266.429 Stückaktien eingeteilt.

2. **Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 2 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 2 HGB** *(Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen)*

Die Satzung der Gesellschaft beschränkt weder die Stimmrechte noch die Übertragung von Aktien. Beschränkungen der Stimmrechte oder der Übertragbarkeit von Aktien, die sich aus Vereinbarungen zwischen den Aktionären ergeben können, sind dem Vorstand nicht bekannt.

Gesetzliche Stimmrechtsbeschränkungen können sich z.B. aus §§ 71b, 134 Abs. 2 AktG, § 44 WpHG, § 59 WpÜG ergeben. Stimmrechtsbeschränkungen aufgrund dieser Bestimmungen sind dem Vorstand nicht bekannt. Ferner können Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gemäß § 136 Abs. 1 AktG keine Stimmrechte ausüben, wenn über ihre Entlastung, ihre Befreiung von einer Verbindlichkeit oder die Geltendmachung von Ansprüchen durch die Gesellschaft gegen sie Beschluss gefasst wird. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 hielten Vorstandsmitglieder insgesamt 2.664 Aktien der Gesellschaft und Aufsichtsratsmitglieder insgesamt 87.080 Aktien der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat keine Vorzugsaktien ohne Stimmrecht (§§ 12 Abs. 1, 139 Abs. 1 AktG) ausgegeben.

3. **Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 3 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 3 HGB** *(Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 Prozent der Stimmrechte überschreiten)*

Gemäß am 26. Januar 2022 veröffentlichter Stimmrechtsmitteilung hielt Herr Wilhelm K. T. Zours über die von ihm kontrollierten DELPHI Unternehmensberatung Aktiengesellschaft, VV Beteiligungen Aktiengesellschaft und Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 eine indirekte Beteiligung an der Gesellschaft von 28,36 % der Stimmrechte. Darüber hinaus gab es nach Kenntnis des Vorstands zum 31. Dezember 2022

keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Grundkapital der Gesellschaft, die 10 % der Stimmrechte überschritten.

**4. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 4 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 4 HGB
(Aktien mit Sonderrechten)**

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

**5. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 5 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 5 HGB
(Stimmrechtskontrolle mit Arbeitnehmerbeteiligung)**

Beteiligungen von Arbeitnehmern am Grundkapital der Gesellschaft, bei denen die Arbeitnehmer ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben, gibt es nach Kenntnis des Vorstands nicht.

**6. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 6 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 6 HGB
(Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands und über die Änderung der Satzung)**

Gesetzliches Leitungs- und Vertretungsorgan der Gesellschaft ist ihr Vorstand. Der Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Gemäß § 7 Abs. 2 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft wird die Zahl der Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen festgelegt. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden sowie ein oder mehrere Vorstandsmitglieder zu dessen Stellvertreter ernennen. Der Aufsichtsrat kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Bei einem stellvertretenden Vorstandsmitglied handelt es sich um ein Vorstandsmitglied mit vollen Rechten und Pflichten, das jedoch in der internen Vorstandshierarchie nach Maßgabe der Geschäftsordnung hinter den anderen Vorstandsmitgliedern zurücksteht.

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden vom Aufsichtsrat nach den Bestimmungen des § 84 AktG bestellt und abberufen. Vorstandsmitglieder bestellt der Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Die Bestellung und die Verlängerung der Amtszeit bedürfen grundsätzlich eines erneuten Beschlusses des Aufsichtsrats, der frühestens ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit gefasst werden darf. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, etwa bei grober Pflichtverletzung oder bei einem Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, wird es gemäß § 85 Abs. 1 AktG in dringenden Fällen gerichtlich bestellt. In diesem Fall erlischt das Amt des gerichtlich bestellten Vorstandsmitglieds, sobald der Mangel, der zu der gerichtlichen Bestellung geführt hat, behoben worden ist.

Änderungen der Satzung bedürfen gemäß § 179 AktG grundsätzlich eines Beschlusses der Hauptversammlung. Ausgenommen hiervon sind Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen; zu solchen Änderungen ist der Aufsichtsrat gemäß § 14 der Satzung der Gesellschaft ermächtigt. Satzungsändernde Beschlüsse der Hauptversammlung erfordern gemäß § 133 Abs. 1 AktG, § 179 Abs. 2 AktG grundsätzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit) und darüber hinaus eine Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst (qualifizierte Kapitalmehrheit).

Abweichend hiervon lässt § 18 Abs. 4 der Satzung der Gesellschaft neben der einfachen Stimmenmehrheit die einfache Kapitalmehrheit ausreichen, soweit nicht zwingendes Recht

oder die Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmt. Die Satzung der Gesellschaft bestimmt für Satzungsänderungen weder eine größere Mehrheit noch sieht sie weitere Erfordernisse vor. Das Gesetz verlangt zwingend eine qualifizierte Kapitalmehrheit (drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) z. B. für Änderungen des in der Satzung geregelten Unternehmensgegenstands, die Schaffung eines genehmigten Kapitals sowie für satzungsändernde Beschlüsse, durch die das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen oder eine Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre erteilt wird.

**7. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 7 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 7 HGB
(Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen)**

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückerwerb von Aktien können sich im Wesentlichen aus einer Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien sowie aus genehmigtem und bedingtem Kapital ergeben:

Keine Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien:

Eine Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien besteht bei der Gesellschaft nicht.

Genehmigtes Kapital 2020/I:

Die Hauptversammlung vom 12. Juni 2020 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter grundsätzlicher Gewährung des Bezugsrechts bis zum 11. Juni 2025 einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt EUR 4.712.984,00 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2020/I). Dabei ist der Vorstand unter bestimmten Voraussetzungen mit Zustimmung des Aufsichtsrats zum Ausschluss des Bezugsrechts ermächtigt.

Das Genehmigte Kapital 2020/I ist bislang nicht ausgenutzt worden.

Genehmigtes Kapital 2020/II:

Die Hauptversammlung vom 12. Juni 2020 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter grundsätzlicher Gewährung des Bezugsrechts bis zum 11. Juni 2025 einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt EUR 18.851.939,00 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2020/II). Dabei ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats zum Ausschluss des Bezugsrechts für Spitzenbeträge ermächtigt.

Das Genehmigte Kapital 2020/II beläuft sich seit einer teilweisen Ausnutzung im Jahr 2021 nur noch auf EUR 16.881.402,00.

Ermächtigung zur Ausgabe von Aktienoptionen (Aktienoptionsprogramm 16-18) und Bedingtes Kapital XI:

Die ordentliche Hauptversammlung vom 25. Mai 2016 hat den Vorstand bzw. (in Bezug auf den Vorstand) den Aufsichtsrat ermächtigt, bis zum Ablauf des 30. April 2018 bis zu 1.000.000 Aktienoptionen auszugeben, die jeweils ein Bezugsrecht auf eine Stückaktie der Gesellschaft gewähren (Aktienoptionsprogramm 16-18).

Der Unterlegung des Aktienoptionsprogramms 16-18 dient das ebenfalls von der ordentlichen Hauptversammlung vom 25. Mai 2016 beschlossene Bedingte Kapital XI, wonach das Grundkapital ursprünglich um bis zu EUR 1.000.000,00, eingeteilt in bis zu 1.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien, bedingt erhöht war. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Juni 2022 wurde der Betrag des Bedingten Kapital XI von EUR 1.000.000,00 auf EUR 29.102,00, eingeteilt in bis zu 29.102 auf den Namen lautende Stückaktien, herabgesetzt.

Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Bezugsrechte gemäß dem Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung über das Aktienoptionsprogramm 16-18 bis zum Ablauf des 30. April 2018 begeben werden, die Inhaber dieser Bezugsrechte von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung dieser Bezugsrechte keine eigenen Aktien und keinen Barausgleich gewährt.

Auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 16-18 standen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 7.272 Aktienoptionen aus. Weitere Aktienoptionen können auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 16-18 nicht mehr ausgegeben werden. Von den Bezugsrechten, welche die auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 16-18 ausgegebenen Aktienoptionen gewähren, ist bislang kein Gebrauch gemacht worden.

Ermächtigung zur Ausgabe von Aktienoptionen (Aktienoptionsprogramm 17-19) und Bedingtes Kapital XII:

Die ordentliche Hauptversammlung vom 30. Mai 2017 hat den Vorstand bzw. (in Bezug auf den Vorstand) den Aufsichtsrat ermächtigt, bis zum Ablauf des 31. Mai 2019 bis zu 1.000.000 Aktienoptionen auszugeben, die jeweils ein Bezugsrecht auf eine Stückaktie der Gesellschaft gewähren (Aktienoptionsprogramm 17-19).

Der Unterlegung des Aktienoptionsprogramms 17-19 dient das ebenfalls von der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. Mai 2017 beschlossene Bedingte Kapital XII, wonach das Grundkapital ursprünglich um bis zu EUR 1.000.000,00, eingeteilt in bis zu 1.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien, bedingt erhöht war. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Juni 2022 wurde der Betrag des Bedingten Kapital XII von EUR 1.000.000,00 auf EUR 52.547,00, eingeteilt in bis zu 52.547 auf den Namen lautende Stückaktien, herabgesetzt.

Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Bezugsrechte gemäß dem Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung über das Aktienoptionsprogramm 17-19 bis zum Ablauf des 31. Mai 2019 begeben werden, die Inhaber dieser Bezugsrechte von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung dieser Bezugsrechte keine eigenen Aktien und keinen Barausgleich gewährt.

Auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 17-19 standen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 12.266 Aktienoptionen aus. Weitere Aktienoptionen können auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 17-19 nicht mehr ausgegeben werden. Von den Bezugsrechten, welche die auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 17-19 ausgegebenen Aktienoptionen gewähren, ist bislang kein Gebrauch gemacht worden.

Ermächtigung zur Ausgabe von Aktienoptionen (Aktienoptionsprogramm 19-21) und Bedingtes Kapital XIII:

Die ordentliche Hauptversammlung vom 15. Mai 2019 hat den Vorstand bzw. (in Bezug auf den Vorstand) den Aufsichtsrat ermächtigt, bis zum Ablauf des 31. Mai 2021 bis zu 1.000.000 Aktienoptionen auszugeben, die jeweils ein Bezugsrecht auf eine Stückaktie der Gesellschaft gewähren (Aktienoptionsprogramm 19-21).

Der Unterlegung des Aktienoptionsprogramms 19-21 dient das ebenfalls von der ordentlichen Hauptversammlung vom 15. Mai 2019 beschlossene Bedingte Kapital XIII, wonach das Grundkapital ursprünglich um bis zu EUR 1.000.000,00, eingeteilt in bis zu 1.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien, bedingt erhöht war. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Juni 2022 wurde der Betrag des Bedingten Kapital XIII von EUR 1.000.000,00 auf EUR 141.516,00, eingeteilt in bis zu 141.516 auf den Namen lautende Stückaktien, herabgesetzt.

Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Bezugsrechte gemäß dem Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung über das Aktienoptionsprogramm 19-21 bis zum Ablauf des 31. Mai 2022 begeben werden, die Inhaber dieser Bezugsrechte von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung dieser Bezugsrechte keine eigenen Aktien und keinen Barausgleich gewährt.

Auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 19-21 standen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 31.970 Aktienoptionen aus. Weitere Aktienoptionen können auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 19-21 nicht mehr ausgegeben werden. Von den Bezugsrechten, welche die auf der Grundlage des Aktienoptionsprogramms 19-21 ausgegebenen Aktienoptionen gewähren, ist bislang kein Gebrauch gemacht worden.

Ermächtigung zur Ausgabe von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten oder einer Kombination dieser Instrumente vom 12. Juni 2020, Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen und zum Ausschluss des Bezugsrechts vom 27. November 2020 sowie Bedingtes Kapital XIV:

Die ordentliche Hauptversammlung vom 12. Juni 2020 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 11. Juni 2025 mit Zustimmung des Aufsichtsrats Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte oder eine Kombination dieser Instrumente in einem Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 150.000.000,00 auszugeben (Ermächtigung 2020/I). Der Vorstand ist ferner dazu ermächtigt, anstelle von Options- oder Wandelrechten Options- bzw. Wandelpflichten der Gläubiger oder Inhaber der Schuldverschreibungen bzw. Genussrechte vorzusehen. Ferner können Aktienlieferungsrechte der Gesellschaft vorgesehen werden; danach kann die Gesellschaft bei Fälligkeit der Schuldverschreibungen oder Genussrechte den Inhabern bzw. Gläubigern der Schuldverschreibungen oder Genussrechte anstelle der dann fälligen Geldzahlung Aktien der Gesellschaft gewähren. Die Ermächtigung 2020/I erlaubt es dem Vorstand ferner, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Options-, Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte oder Kombination dieser Instrumente unter bestimmten Umständen auszuschließen.

Die außerordentliche Hauptversammlung vom 27. November 2020 hat den Vorstand ferner ermächtigt, bis zum 31. März 2021 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig auf den Inhaber oder auf den Namen lautende Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 5.500.000,00 zu ihrem Nennbetrag auszugeben und den Inhabern bzw. Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf bis zu insgesamt 5.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft nach näherer Maßgabe der Schuldverschreibungsbedingungen dieser Schuldverschreibungen zu gewähren (Ermächtigung 2020/II). Die Schuldverschreibungsbedingungen müssen neben Wandlungsrechten der Inhaber bzw. Gläubiger der Schuldverschreibungen auch eine Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit bzw. zu einem Zeitpunkt während der letzten drei Monate der Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen vorsehen. Vorbehaltlich eines Ausschlusses des Bezugsrechts für Spitzenbeträge sind die Schuldverschreibungen, soweit sie Wandlungsrechte oder Wandlungspflichten vorsehen, den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Unterlegung der Ermächtigung 2020/I und der Ermächtigung 2020/II dient das Bedingte Kapital XIV, das durch Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Juni 2020 geschaffen und durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. November 2020 geändert worden ist.

Das Bedingte Kapital XIV belief sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 auf bis zu EUR 12.886.953,00 und war in bis zu 12.886.953 neue, auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Eine Kapitalerhöhung aus dem Bedingten Kapital XIV wird nur insoweit durchgeführt, wie

- a) die Inhaber oder Gläubiger von Options- bzw. Wandlungsrechten aus Schuldverschreibungen oder Genussrechten, die aufgrund der Ermächtigung 2020/I von der Gesellschaft begeben oder von einem nachgeordneten Konzernunternehmen der Gesellschaft begeben und von der Gesellschaft garantiert werden, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch machen bzw. die Inhaber oder Gläubiger von Wandlungsrechten aus Schuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung 2020/II von der Gesellschaft begeben werden, von ihren Wandlungsrechten Gebrauch machen oder
- b) die Inhaber oder Gläubiger von Schuldverschreibungen oder Genussrechten, die aufgrund der Ermächtigung 2020/I von der Gesellschaft begeben oder von einem nachgeordneten Konzernunternehmen der Gesellschaft begeben und von der Gesellschaft garantiert werden, zur Optionsausübung bzw. Wandlung verpflichtet sind und diese Verpflichtung erfüllen bzw. die Inhaber oder Gläubiger von Schuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung 2020/II von der Gesellschaft begeben werden, zur Wandlung verpflichtet sind und diese Verpflichtung erfüllen oder
- c) die Gesellschaft ein Wahlrecht ausübt, an die Inhaber oder Gläubiger von Schuldverschreibungen oder Genussrechten, die aufgrund der Ermächtigung 2020/I von der Gesellschaft begeben oder von einem nachgeordneten Konzernunternehmen der Gesellschaft begeben und von der Gesellschaft garantiert werden, ganz oder teilweise anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Aktien der Gesellschaft zu liefern,

und soweit nicht ein Barausgleich gewährt wird oder Aktien aus genehmigtem Kapital, eigene Aktien oder Aktien einer börsennotierten anderen Gesellschaft zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe der Ermächtigung 2020/I bzw. der Ermächtigung 2020/II jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis.

Am 1. Februar 2021 hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf der Grundlage der Ermächtigung 2020/II eine unverzinsliche nachrangige Pflichtwandelanleihe im Gesamtnennbetrag von EUR 5.500.000,00 (Pflichtwandelanleihe 2021/2024) begeben und damit von der Ermächtigung 2020/II vollständig Gebrauch gemacht.

Am 11. Juni, 20. August und 23. August 2021 hat der Vorstand, mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom jeweils gleichen Tag, unter teilweiser Ausnutzung der Ermächtigung 2020/I beschlossen, eine unverzinsliche nachrangige Pflichtwandelanleihe im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 16.500.000,00 zu begeben (Pflichtwandelanleihe 2021/2027).

Im Jahr 2022 sind (i) Pflichtwandelschuldverschreibungen der Pflichtwandelanleihe 2021/2024 in 148.695 Aktien der Gesellschaft und (ii) Pflichtwandelschuldverschreibungen der Pflichtwandelanleihe 2021/2027 in 682.881 Aktien der Gesellschaft gewandelt worden. Mithin sind im Jahr 2022 insgesamt Pflichtwandelschuldverschreibungen in 831.576 Aktien der Gesellschaft gewandelt worden, die aus dem Bedingten Kapital XIV ausgegeben wurden. Das Bedingte Kapital XIV betrug zum Bilanzstichtag 2022 somit noch EUR 12.055.447,00.

8. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 8 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 8 HGB
(Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung des Kontrollwechsels stehen)

Außer den Anstellungsverträgen der Vorstände (siehe dazu nachstehend unter Nr. 9.) stehen zum Bilanzstichtag (31. Dezember 2022) keine wesentlichen Vereinbarungen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots.

9. Angaben nach § 289a Satz 1 Nr. 9 HGB, § 315a Satz 1 Nr. 9 HGB
(Entschädigungsvereinbarungen mit Vorstandsmitgliedern und Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots)

Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder beinhalten jeweils eine Klausel, die es ihnen ermöglicht, im Falle eines Kontrollwechsels (Change of Control) von ihrem Amt zurückzutreten und ihren Anstellungsvertrag zu kündigen. Ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vertragsklausel ist das Erlangen der Kontrolle über die Gesellschaft im Sinne der §§ 29 Abs. 2, 30 WpÜG unabhängig davon, ob die Kontrolle durch Verschmelzung, Kauf, Aktientausch oder sonstige Weise erlangt wurde. Für den Fall ihrer Beendigung durch Ausübung des Sonderkündigungsrechts sehen die Anstellungsverträge jeweils die Auszahlung der Festvergütung und der einjährigen variablen Vergütung für die vereinbarte Restlaufzeit, höchstens aber eines Betrages in Höhe von 150 % des Abfindungs-Caps im Sinne von Empfehlung G.13 des Deutschen Corporate Governance Kodex (in der Fassung vom 18. April 2022) vor. Gewährte und noch nicht gevestete Aktienoptionen vesten mit der Beendigung des Anstellungsvertrages und können nach Maßgabe der Bedingungen des entsprechenden Aktienoptionsprogramms ausgeübt werden.

Im Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control) erhält Herr Hamilton einen Wertsteigerungsbonus. Hierbei handelt es sich weder um eine Entschädigungsleistung für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne von § 289a Satz 1 Nr. 9 HGB sowie § 315a Satz 1 Nr. 9 HGB noch um eine Abfindungsleistung aus Anlass einer vorzeitigen Beendigung des Anstellungsvertrags infolge eines Kontrollwechsels im Sinne von Anregung G.14 des Deutschen Corporate Governance Kodex (in der Fassung vom 18. April 2022), sondern um eine Vergütungskomponente, welche an die erzielte Wertsteigerung der Gesellschaft anknüpft. Der Wertsteigerungsbonus entspricht 3,0 % des Betrags, um den die Gegenleistung, die den Aktionären im Rahmen des Kontrollwechsels insgesamt für ihre Aktien angeboten wird, einen Betrag von rund EUR 33,5 Mio. überschreitet; darüber hinaus ist der Wertsteigerungsbonus auf einen Betrag von maximal USD 7.500.000,00 begrenzt. Auch insofern liegt ein Kontrollwechsel vor bei Erlangen der Kontrolle über die Gesellschaft im Sinne der §§ 29 Abs. 2, 30 WpÜG unabhängig davon, ob dies durch Verschmelzung, Kauf, Aktientausch oder sonstige Weise geschieht.

Berlin, im Mai 2023

Der Vorstand

Epigenomics AG



Gregory K. Hamilton
 Vorstandsvorsitzender /
 CEO



Andrew A. Lukowiak, Ph.D.
 Mitglied des Vorstands /
 President und CSO



Jens Peter Ravens
 Mitglied des Vorstands /
 CFO